

WEIL ES UM UNSEREN BEZIRK GEHT...

Genossenschaften gehören fest zu unserem Bezirk. Mehr als 1/4 aller Wohnungen in Marzahn-Hellersdorf befinden sich im Eigentum von Genossenschaftsmitgliedern; soviel wie in keinem anderen Bezirk. Wenn es nach der Initiative "Deutsche Wohnen & Co Enteignen" und der Linkspartei geht, ist damit bald Schluss! Wir dürfen uns von der Enteignungsinitiative nicht überrumpeln lassen. Stattdessen wollen wir mit Ihnen zusammen über konstruktive Lösungen der eigentlichen Probleme bei uns sprechen.

Das Volksbegehren "Deutsche Wohnen & Co Enteignen" hingegen verfolgt das Ziel, alle Wohnungsunternehmen mit einer bestimmten Anzahl von Wohnungen zu enteignen. Konkret heißt es:

"Alle Unternehmen mit Gewinnerzielungsabsicht, gleich welcher Rechtsform, die Wohnungen in einer Anzahl über dieser Schwelle in ihrem Bestand haben, werden von der Vergesellschaftung erfasst." (Auszug aus dem Beschlusstext für das Volksbegehren)

Seit Februar sammelt die LINKE auch hier in Marzahn-Hellersdorf Unterschriften für das Volksbegehren und damit auch für die Enteignung von Genossenschaften. Diese Genossenschaften sind z. B.: Marzahner Tor eG, Fortuna eG, Wuhletal eG, Berlin-Brandenburgische Wohnungsbaugenossenschaft eG, Friedenshort eG, Erste Marzahner Wohnungsgenossenschaft...

STATT FÖRDERUNG DROHT ENTEIGNUNG MIT FOLGEN...

GENOSSENSCHAFTEN		VOLKSBEGEHREN ENTEIGNUNG	
NIEDRIGE MIETEN			
NEUE SCHULEN & KITAS & ARZTPRAXEN			
NEUER WOHNRAUM			
MITBESTIMMUNG			

WIR GESTALTEN MARZAHN-HELLERSDORF VON MORGEN - GEMEINSAM

INFOABEND MIT
**EBERHARD
DIEPGEN**

**27.04.2021
19:00 UHR**

INFOS ZUR TEILNAHME
TEL. 566 97 450 | STARKE-GENOSSENSCHAFTEN.DE

WEITERE GÄSTE:

UWE HESS
VORSTAND MARZAHNER TOR EG

**CHRISTIAN
GRÄFF**
WOHNUNGSPOLITISCHER
SPRECHER CDU

GENOSSENSCHAFTEN STÄRKEN ENTEIGNUNG VERHINDERN

WWW.STARKE-GENOSSENSCHAFTEN.DE



**EBERHARD
DIEPGEN
IM DIALOG
27.04.2021
19 UHR**

JETZT ANMELDEN UND MITMACHEN

Mario Czaja
Ihr Abgeordneter für Marzahn und Hellersdorf
Telefon 030 566 97 450
fragen@marioczaja.de
Bezirksnewsletter abonnieren unter:
www.mario-czaja.de



Christian Gräff
Ihr Abgeordneter für Biesdorf,
Friedrichsfelde Ost und Marzahn-Süd
Telefon: 030 2 246 87 32
buero@christian-graeff.de
www.christian-graeff.de

VORSICHT BEI
UNTERSCHRIFT
FÜR DAS
VOLKSBEGEHREN

SEHR GEEHRTE MITGLIEDER DER GENOSSENSCHAFTEN,

steigende Mieten bereiten vielen Menschen große Sorge. Die Wohnungsgenossenschaften stellen schon immer guten und günstigen Wohnraum bei uns in Marzahn-Hellersdorf bereit. Bei diesen Genossenschaften liegen die Mieten weit unter dem Berliner Durchschnitt und insbesondere unter dem Schnitt der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften wie DEGEWO, Stadt und Land oder HOWOGE. Doch die Berliner Wohnungspolitik unterstützt Genossenschaften derzeit nicht.

Ganz im Gegenteil: Grundstücke werden ausschließlich an landeseigene Wohnungsbaugesellschaften veräußert. Statt mit einer guten Mischung, müssen diese dort mit 50-prozentiger Sozialquote bauen. Genossenschaften bleibt damit die Möglichkeit vorenthalten, neuen und günstigen Wohnraum in unseren Kiezen zu schaffen.

Und die Enteignungsinitiative einiger Aktivisten aus Friedrichshain-Kreuzberg will nicht nur die Deutsche Wohnen enteignen, sondern **ALLE** Wohnungsunternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen im Bestand.

Uns besorgt, dass gerade auch die bezirkliche LINKE diese Initiative unterstützt und damit die Gefährdung des genossenschaftlichen

Wohnungsbestandes wissentlich in Kauf nimmt. Vergessen wir nicht, dass die LINKE als Teil des Senats von 2001-2011 den damaligen Wohnungsbestand von GSW und GEHAG u. a. an die heutige Deutsche Wohnen verkaufte. Damals zu einem Schleuderpreis.

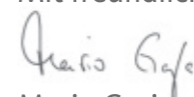
Statt teurer Enteignungsfantasien wollen wir den Wohnungsbestand in Marzahn-Hellersdorf behutsam und mit Augenmaß weiterentwickeln.

25%
DER NEUEN WOHNUNGEN BERLINS ENTSTEHEN IN MARZAHN-HELLERSDORF*
*Quelle: Schriftliche Anfrage 18/24313

Dazu gehört vor allem, dass auch neue Schulen, Kitas und Arztpraxen mitgedacht werden. Leider ist die Realität eine andere. Es ist Zeit, hier endlich gegenzusteuern und wir möchten dies vor allem gemeinsam mit Ihnen tun. Sie als Genossenschaftsmitglieder verfügen über langjährige Erfahrungen zum Teil auch aus den Zeiten, als es bei uns noch Leerstand gab oder als noch nicht so viele Menschen zu uns gezogen sind.

Unsere Gedanken dazu haben wir Ihnen in dieser kleinen Broschüre zusammengefasst. Wir laden Sie ein, mit uns darüber zu diskutieren. Gerne direkt am 27.04. oder Sie senden uns Ihre Hinweise zu.

Mit freundlichen Grüßen


Mario Czaja


Christian Gräff

NEUBAU NUR ZUSAMMEN MIT SCHULEN, KITAS UND ARZTPRAXEN, STATT WILLKÜRLICHE ENTEIGNUNG

25 % aller neuen Wohnungen in Berlin entstehen in Marzahn-Hellersdorf. In Friedrichshain-Kreuzberg lediglich 3 %. Doch während der Senat bei uns jede freie Fläche bebaut, fehlt es an neuen Schul- und Kitaplätzen, an Arztpraxen, Bussen und Bahnen sowie Parkplätzen.

Wir wollen deshalb verbindliche Festlegungen bei Neubauvorhaben:

- ▶ ab 1.000 Wohneinheiten Neubau einer Schule;
- ▶ ab 100 Wohneinheiten Neubau einer Kita;
- ▶ bei sämtlichen Wohnbauvorhaben sind Räumlichkeiten für Medizinische Versorgungszentren (Polikliniken) zu schaffen.

Statt neue Schulen und Kitas zu bauen und in der gesamten Stadt neuen Wohnraum zu schaffen, sollen nun allerdings Wohnungsunternehmen enteignet werden. Nicht nur, dass damit keine einzige neue Wohnung entsteht, es drohen gerade für Genossenschaftsmitglieder höhere Mieten.

1. WAS WILL "DEUTSCHE WOHNEN & CO ENTEIGNEN"?

Alle Wohnungsunternehmen mit einer bestimmten Anzahl von Wohnungen sollen enteignet werden. Die Zahl der Wohnungen wird willkürlich bei ca. 3.000 gewählt. Übrigens ohne jede Verbindlichkeit.

2. ENTEIGNUNG VON GENOSSENSCHAFTEN WIRD MÖGLICH!

Es wäre ein Leichtes gewesen, Genossenschaften von dieser Regelung auszunehmen. Doch die Aktivisten und Unterstützer haben sich in vollem Bewusstsein für eine "Soll"-Formulierung entschieden, statt einer Enteignung von Genossenschaften eine klare Absage zu erteilen. Das heißt im Klartext: Auch Genossenschaften sollen enteignet werden können. Ein Schelm...

3. DAS IST EXTREM TEUER & FEHLT BEI SCHULEN & KITAS!

Die Kosten für die Enteignung im Rahmen des Volksbegehrens belaufen sich nach Schätzungen auf bis zu 36 Mrd. €. Davon könnte man auch 914 Schulen oder 4.266 Kitas bauen.

 SCHULDENSTAND BERLIN 63 MRD. €	 KOSTEN ENTEIGNUNG 36 MRD. €	 4.266 KITAS	 914 SCHULEN
--	---	--	--

4. AUSWIRKUNGEN FÜR GENOSSENSCHAFTSMITGLIEDER

Bereits heute bieten Genossenschaften in unserem Bezirk die günstigsten Mieten. Auch die Miete bei der Deutsche Wohnen ist niedriger bei uns als bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften im Schnitt in Berlin. **Mietsenkungen wird es bei uns durch die Enteignung nicht geben.** Stattdessen sollen die Genossenschaftsmitglieder enteignet werden und ihre Mitbestimmungsrechte verlieren.

WIE BEKOMMEN WIR STEIGENDE MIETEN WIRKLICH IN GRIFF?

STÄRKUNG DER GENOSSENSCHAFTEN BEDEUTET STÄRKUNG UNSERER KIEZE
Statt Genossenschaften zu enteignen, sprechen wir uns für eine Förderung aus. Landeseigene Grundstücke dürfen nicht nur an die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften gegeben werden, sondern müssen auch Genossenschaften übertragen werden.

NEUBAU GEMEINSAM VORANBRINGEN
Statt Partner zu suchen, stößt der Senat allen freien Akteuren auf dem Wohnungsmarkt derzeit vor den Kopf. Das muss ein Ende haben. Wir brauchen ein gemeinsames Vorgehen von landeseigenen Gesellschaften, Genossenschaften und privaten Bauherren sowie Vermietern.

NEUBAU VERNÜNFTIG FÖRDERN FÜR GEMISCHTE KIEZE
Unsere Kieze sind sehr unterschiedlich. Berlinweit einheitliche Belegungsquoten für den Sozialwohnungsbau passen daher nicht. **Wir wollen den Mieter fördern und nicht die Wohnung.**

FLÄCHENSPEKULATION BEENDEN
Mit bebaubaren Grundstücken sollte nicht spekuliert werden. Das heißt: Wenn Grundstücke nicht bebaut werden, obwohl eine Baugenehmigung vorliegt, werden höhere Abgaben fällig.